

Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik verbinden : Interview

Autor(en): **Hauff, Volker / Kaufmann, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-
Stiftung SES**

Band (Jahr): **4 (1985)**

Heft 1: **Boden**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik verbinden

An der GDI (Gottlieb-Duttweiler-Institut)-Tagung zum Thema «Stirbt der Boden, die schleichende Vergiftung unserer Lebensgrundlage» war der Tagungsleiter Volker Hauff einziger Politiker unter den 13 referierenden Wissenschaftlern, Verwaltungs- und Wirtschaftsvertretern. Wir hatten Gelegenheit, mit Volker Hauff am Rande der Tagung ein Gespräch zu führen, das den technokratischen Rahmen der Tagung sprengen und Konsequenzen aus sozialistischer Sicht aufzeigen sollte. Dabei ist Hauff notgedrungen vom Thema «Boden» zu Umweltpolitik überhaupt gelangt. Fazit: Umweltpolitik ohne Einbezug von Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik löst keine Probleme. Mit Volker Hauff sprach Michael Kaufmann.

M. K.: Volker Hauff, stirbt der Boden?

Hauff: Die Gefahren für den Boden sind unübersehbar. Wir stehen mit dieser Frage dort, wo wir vor einigen Jahren bezüglich Waldsterben standen. Wir sollten daraus endlich etwas lernen. Wir können nicht mit Gottvertrauen zuwarten, sondern müssen uns konkret und praktisch mit diesen Gefahren auseinandersetzen. Was den Bodenschutz anbetrifft, ist es jetzt endlich Zeit zum Handeln.

M. K.: Ist jedoch die Frage nach dem Bodensterben richtig gestellt? Kommen wir hier nicht über die Problematik Boden heraus?

Hauff: Natürlich. Es beginnt mit einfachen Fragen, wie dem Landverschleiss, der Besiedelung des Bodens. Dann kommt die Bodenvergiftung, die natürlich viel mit Landwirtschaft zu tun hat. Doch darauf darf man das Thema keineswegs verengen. Wir müssen erkennen, dass insbesondere der Weg von Schadstoffen in der Luft, der Weg ist, der für den Boden vermutlich das grösste Risiko darstellt. Dabei ist nicht nur der saure Regen beteiligt, sondern es sind in wesentlichem Masse die nicht abbaubaren Stoffe – insbesondere die Schwerme-

Stirbt der Boden? Ein Gespräch mit Volker Hauff, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident der Bundestagsfraktion.

talle. Diese Dinge haben also ganz direkt mit unserer Industriegesellschaft, mit unseren Konsumgewohnheiten zu tun.

M. K.: Als einziger Tagungsreferent hast Du auf die Kulturlandverluste hingewiesen. Wir vergiften den Boden als nicht vermehrbares Gut nicht nur, sondern verkleinern noch dauernd die bebaubare Fläche. Braucht es deshalb neben reiner Umweltpolitik auch raumordnungs- und eigentumspolitische Massnahmen?

Hauff: Der Landschaftsverbrauch pro Jahr für Hausbau, Strassen, Infrastrukturen liegt heute in der BRD nach wie vor in der Grössenordnung der Fläche des Bodensees. Wenn das so weitergeht, ist in 100 Jahren die Bundesrepublik verbetoniert. Da reichen kleine Korrekturen wirklich nicht mehr aus. Deshalb brauchen wir eine grundlegend neue Raumordnungs- und Bodenpolitik, die so weit gehen muss, wie die Rückführung bestehender Bauten in Kulturland. Dafür gibt es erste Ansätze in Hessen, wo der Rückbau von Strassen heute gesetzlich gefördert wird. Man beginnt also erste Konsequenzen zu ziehen!

M. K. Was unternimmt in dieser Situation die SPD?

Hauff: Wir haben sehr viel gefordert in letzter Zeit. Es ging von einem Notprogramm gegen das Waldsterben bis zu einem Bodenschutzkonzept, das wir kürzlich vorgelegt haben. Es gilt heute Konzepte zu erarbeiten, welche nicht an Modetrends orientiert sind. Ich bin leidenschaftlicher Gegner einer Umweltpolitik, die einen «Schadstoff des Monats» deklariert. Dem rennen die Leute einige Zeit nach, um es dann wieder zu vergessen. Ich bin vielmehr an der Frage interessiert, wie wir zu einer ökologischen, modernen Volkswirtschaft kommen.

M. K.: Verbindung von Ökologie und Wirtschaft, wie sieht dies konkret aus?

Hauff: Kernstück muss das Verursacherprinzip sein. Es wäre jedoch unehrlich, wenn wir nicht erkennen würden, dass es Bereiche gibt, wo das Verursacherprinzip nicht anwendbar ist. Wo kein direkt nachweisbarer Verursacher da ist, können wir das Prinzip gar nicht anwenden und wo dadurch die regionalen Verteilungswirkungen oder die Arbeitsplatz-

verhältnisse beeinträchtigt werden, wollen wir es nicht. Also muss man für diesen grossen Bereich andere Konzepte finden. Wir schlagen ein Sondervermögen, einen Umweltfonds, vor. Die Mittel für den Fonds sollen aus der Verteuerung des Energieverbrauches kommen, also auf Strom, Benzin, Heizöl und anderen Erdölprodukten.

Dies ergibt eine gerechte Lastenverteilung zwischen Industrie und Haushalten. In der Grössenordnung wären es etwa 2 Rappen pro Liter Benzin, einen halben Rappen pro Kilowattstunde und ähnliche Belastungen im Öl- und Gasbereich. Damit wäre man in der Lage, ein jährliches Investitionsvolumen von 18 Milliarden DM zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ökologischen Bereich zu finanzieren. Dies ist immerhin ein Prozent des Bruttosozialproduktes. Mit der konsequenten Anwendung des Verursacherprinzips in den anderen Bereichen wäre ein weiteres Prozent abzuzweigen. Damit wären wir in der Lage, einige 100000 neue zukunftsgerichtete Arbeitsplätze zu schaffen. Ich nenne dieses Beispiel, weil es klar und unverwechselbar die sozialdemokratische Handschrift in der Umweltpolitik trägt. Nämlich das stete Bemühen, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen zu verwirklichen. Man darf sich nicht in der falschen Alternative bewegen: entweder Arbeit oder Umwelt. Der Trend von mehr Wirtschaftswachstum und dafür ein wenig Umweltschutz ist genau so falsch wie die reine Umweltschutzpolitik. Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in ihr. Und diese müssen wir so rasch als möglich realisieren. Das ist die Aufgabe – und die Chance der Sozialdemokratie.

M. K. Verursacherprinzip, Umweltabgaben? Machen da die traditionellen SP-Mitglieder und die Gewerkschafter mit? Wird dies nicht als Angriff auf den erkämpften Wohlstand – zum Beispiel aufs Automobil – empfunden?

Hauff: Nein. Wir haben beispielsweise die Idee von Verursacherprinzip und Sondervermögen intensiv innerhalb der Partei, aber auch mit den Gewerkschaften diskutiert. Und die stehen ganz bewusst hinter uns. Es hat da doch auch ein gewisses Umdenken stattgefunden. Nur müssen wir jetzt beginnen, politisch daran zu arbeiten. Da ist noch viel zu tun! ♦